

Die panische Angst vor dem Machtverlust

Zitate aus der neuen Verleumdungskampagne der SPD gegen die Union.

Im Vorfeld der Landtagswahlkämpfe in Niedersachsen, Hamburg, Hessen und Bayern findet ein zentral geplanter und gesteuerter SPD-Verleumdungsfeldzug gegen CDU und CSU statt.

Das SPD-Vorgehen offenbart

- panische Angst vor Machtverlust;
- zerstörtes Staats- und Demokratieverständnis;
- Wählernötigung und Bürgerverachtung.

Zitate:

1. Schmidt auf dem SPD-Parteitag Hessen am 12. März 1978:

— Die SPD muß „im Interesse des europäischen Friedens“ Regierungspartei bleiben. Europa könne es „sich nicht leisten“, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr von Sozialdemokraten regiert werde.

2. Wehner in der „Neuen Gesellschaft“ Nr. 4/78, unter dem Titel „Fragezeichen '78“:

— „Die nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte zweite Republik darf nicht auf dem Umweg über Landtagswahlen und einer antisozialdemokratischen Zweidrittelmehrheit im Bundesrat gelähmt werden.“

— „Deutschland ist 1978 in Gefahr! Die Gefahr besteht in der kalten Machterschleichung jener, die das deutsche Volk zurückzerren möchten in die Kalte-Kriegs-Atmosphäre der fünfziger Jahre und damit die durch die West- und Ostverträge abgestützte Möglichkeit der Bundesrepublik zur aktiven Mitwirkung an der Friedenssicherung aufs Spiel setzen.“

- „Die Hintertür (gemeint sind die Landtagswahlen) soll gewährleisten, was CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 1976 mißlungen war: die bundespolitische Wirksamkeit der SPD zu blockieren und zu strangulieren.“
- „... den Drahtziehern der Coups geht es stets darum, die Sozialdemokraten aus der Regierung zu kippen.“
- „Die Sozialdemokraten sollten sich Mühe geben, die Herbst-Bilanzen anderer Parteien nicht zum Halali-Blasen über die bundespolitisch waidwund geschossene Sozialdemokratie ausarten zu lassen.“

3. Brandt bei einer Veranstaltung „Künstler und Politik“ in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt am 18. März 1978:

- „Man würde dieses Land nicht wiedererkennen, wenn wir uns in dieser Situation die politische Verantwortung für den Staat entgleiten ließen.“
- Das „Festhalten“ an der Regierungsmacht sei auch eine „moralische Position“. „Dies hat nichts zu tun mit einem Kleben an Posten, wohl aber damit, daß es eine gefährliche Fehlentwicklung abzuwenden gilt.“ Wer sich von den liberalen oder quasiliberalen Positionen in der CDU beeindrucken lasse, der verkenne die Gefahr, „die dort von den rabiaten Kräften ausgeht.“
- In einem Interview mit dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ vom 28. März 1978 betonte Brandt ausdrücklich, daß er inhaltlich zu seinem auf die CDU/CSU gemünzten Wort vom „Sicherheitsrisiko“ stehe, wenn er es auch „so nicht wiederholen“ würde.
- In einem Beitrag für das „Sozialdemokrat Magazin“ Nr. 4/78 wiederholte Brandt seine Thesen von Bergneustadt und fügte hinzu:
„Denn die Alternative wäre ein Rechtsruck, unter dem diese Republik ernsten Schaden leiden könnte.“

Fazit:

Verleumdungsfeldzug im Stil zynischer Wählernötigung SPD setzt unwürdige Tradition seit 1969 fort

Wenn das Parteiwohl in Gefahr gerät (Verlust der Macht), wird das Staatswohl beschworen — und der demokratische Wechsel als Bedrohung des inneren wie äußeren Friedens dargestellt.

Wer so verfährt, röhrt an die Fundamente der liberalen Demokratie:

Von Gefahren für den Staat zu reden, wenn man Gefahren für die Partei wittert, offenbart ein Demokratieverständnis, das „volksdemokratisch“ genannt werden muß.

Das Vorgehen Brandts, Schmidts und Wehnerts macht überdies deutlich, was die SPD vom freien und mündigen Bürger und Wähler hält:

Das Vokabular (kalte Machterschleichung, Hintertür, strangulieren, Drahtzieher, kippen, zurückzerren, rabiate Kräfte, Rechtsruck) entlarvt die SPD-Führer als skrupellose Bürgerverächter.

SPD beleidigt die deutschen Wähler, wenn sie glaubt, daß ihre demagogische Rechnung aufgeht.

Während der Streiks demonstrative Solidarität der gesamten SPD mit den Gewerkschaften.

„Frankfurter Rundschau“ vom 23. März 1978 zitiert im Zusammenhang mit der Entfremdung zwischen DGB und SPD in der Rentenfrage „Analytiker im SPD-Hauptquartier“, die mittlerweile „die Überlebensfrage“ gestellt sehen:

„Wenn die Entfernung von den Gewerkschaften nicht gestoppt werden könne, werde ‚das Machtpotential der Partei an der Wurzel zerstört‘.“

Die gleiche Zeitung zitiert auch eine Definition Epplers:

Das Bonner Bündnis sei „nicht einfach eine Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten, sondern“ — und zwar in dieser Reihenfolge — „eine aus DGB, SPD, FDP.“ Eppler: „Wackelt aber die Gewerkschaftssäule, wird's mulmig.“

Telegramm Börners an die IG Metall in Stuttgart:

„Sie finden uns an Ihrer Seite.“

(lt. „Frankfurter Rundschau“ vom 23. März 1978)

Volle Unterstützung der Gewerkschaften durch die SPD in der Frage der Aussperrung

Brandt und Wehner: „fragwürdiges Kampfmittel“.

(lt. „Die Welt“ vom 21. März 1978)

Koschnik: „Relikt des Klassenkampfes“.

(lt. „Handelsblatt“ vom 30. März 1978)

Bahr: „... große bundesweite Keule der Aussperrung. Strategie der Unternehmer laufe auf eine Macht- und Kraftprobe zur Veränderung der sozialpolitischen Balance im Bereich der Tarifautonomie hinaus.“

(lt. „Nordsee-Zeitung“ vom 18. März 1978)

Ehmke: „Schwere Belastung des sozialen Friedens“.

(lt. „Die Welt“ vom 21. März 1978)

Juso-Vorsitzender **Schröder**: „Klassenkampf. Ideologie der Sozialpartnerschaft gescheitert.“

(lt. „Interview Südwestfunk“ vom 19. März 1978)

Dagegen Sprecher der FDP:

Cronenberg: „Unverzichtbares Recht der Unternehmer.“

(lt. FDP-Presseerklärung vom 20. März 1978)

Lambsdorff: „... durch eine höchstrichterliche Entscheidung klar und eindeutig erlaubt gegen Schwerpunktstreiks unter dem Gebot der Verhältnismäßigkeit. Das sei die Rechtslage, an sie seien alle Beteiligten gebunden. Wenn aber der Gesetzgeber bemüht werden sollte, um ein Aussperrungsverbot zu erreichen, dann würde die FDP dabei auf keinen Fall mitmachen, es sei denn, es würde gleichzeitig auch der Schwerpunktstreik verboten.“

(lt. „Handelsblatt“ vom 29. März 1978)

Grüner: „Wer gegen die Aussperrung ist, muß zeigen, was dem Streik Gleichwertiges entgegengesetzt werden kann, wenn beispielsweise durch Schwerpunktstreiks mit einer begrenzten Zahl von Streikenden und relativ geringem Einsatz finanzieller Mittel der Gewerkschaften einzelne Bereiche bis hin zur gesamten Volkswirtschaft in die Zange genommen werden.“

(lt. „Abendpost“-Nachtausgabe vom 30. März 1978)

Fazit:

Ideologisches Kampfbündnis SPD — DGB aus Gründen des SPD-Machterhalts vertieft die Risse im Koalitionsbau.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang: Juso-Vorsitzender Schröder fordert Schmidt auf, Lambsdorff wegen dessen Äußerungen zur Aussperrung zu „disziplinieren“. Wörtlich:

„Der Bundeskanzler muß seine Richtlinienkompetenz dazu nutzen, diesen Wirtschaftsminister, der mit solchen Sprüchen im Lande herumläuft, zu disziplinieren.“

Keine Stellungnahme der SPD ...